

# Neuwahl als Neubeginn?

**S**achverständige sind Experten, die sich neben ihrer fachlichen Qualität durch Objektivität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit auszeichnen haben. Dies gilt auch für hauptberufliche Kfz-Sachverständige. Sie ringen zu-

nehmend um ihre wirtschaftliche Existenz. Damit wird ihnen die gesetzlich geforderte Unabhängigkeit künftig immer größere Probleme bereiten. Viele wurden bereits zu Befehlsempfängern der Versicherungen degradiert.

Normalerweise beschränkt sich die Tätigkeit eines Sachverständigen darauf, die Erfahrungen seines Berufsalltages gelegentlich einem Gericht oder einem privaten Auftraggeber zur Verfügung zu stellen. Ein typischer Nebenjob, der in der Kfz-Branche eigenartigerweise zum Hauptberuf mutierte. Ein Grund dafür dürfte die hohe Zahl an Schadensfällen sein. Jährlich 500.000 Verkehrsunfälle und doppelt so viel Unfallsopfer könnten eine kleine Armada an nebenberuflichen Sachverständigen zur Schadensbegutachtung beschäftigen. Doch dem

haben die Versicherungen einen Riegel vorge-schoben. Ihnen ist es gelungen, die Unfallopfer zu Bittstellern zu machen. Nicht diese vergeben die Aufträge, sondern einige wenige Kfz-Versicherungen. Bei denen wurde die Schadensbegutachtung zu einem Massengeschäft. Und dieses wird zulasten der Geschädigten manipuliert.

Die Schadensreferenten der Versicherungen bestimmen, wer wo welchen Schaden zu besichtigen hat. Für eine größere Zahl unparteilicher, objektiver und unabhängiger Sachverständiger ist da kein Platz. Nur wenige Unabhängige haben sich ihre Unabhängigkeit retten können. Eine Handvoll stets gut gebuchter Spezialisten hat sich in der Verkehrsunfallsrekonstruktion eine Nische gewahrt. Daneben gibt es noch einige gerichtlich laufend beschäftigte Kfz-Techniker, die tatsächlich auch Zeit für ihre Werkstätten haben.

Diese gerichtlich bestellten Sachverständigen können mit ihrer Entlohnung ganz zufrieden sein – und sind es auch. Gute Leistungen kosten eben ihr Geld. Vom Richter vorgegebene Kostenvorschüsse in der Höhe von 500 bis 1.000 Euro sind

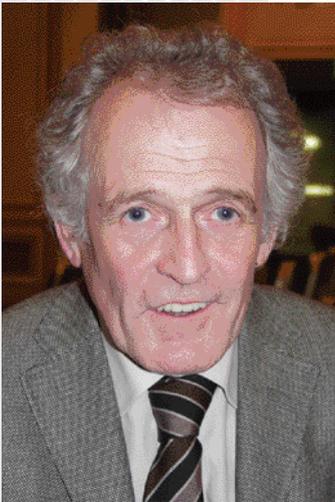
durchaus die Regel. Allerdings ist es für den sachverständigen Nachwuchs eher schwer, die Gunst der Richter zu erhaschen – und sich diese zu erhalten. Meist dominieren einige Platzhirsche.

Dennoch ist das Geschäft mit den Versicherungen für erfahrene und erfolgreiche Kfz-Techniker keine Alternative. Um 58 Euro brutto sollen Gutachten erstellt werden – einschließlich der Befundaufnahme, der Fahrtkosten und der audatex-EDV-Gebühren. Am freien Markt kostet eine derartige fachkundig und verantwortungsvoll erbrachte Leistung 200 bis 300 Euro.

Da werden von den Versicherungen als Vertreter der Schädiger billige „Expertisen“ statt ordentlicher Gutachten in Auftrag gegeben. Da werden die Honorare niedergeknüpelt, dass normal kalkulierende Sachverständige längst das Handtuch geworfen haben. Wer hat schon Lust, den Versicherungen mit einer 80-Stunden-Woche 2.000 Gutachten im Jahr abzuliefern, um halbwegs über die Runden zu kommen? Dass bei derartiger Auftragsvergabe die geforderte Unabhängigkeit nicht mehr gegeben ist, liegt auf der Hand.

Um in der Kfz-Branche wieder zu einem funktionierenden Sachverständigenwesen zu kommen, wäre eine Änderung der Schadensbegutachtung nach deutschem Vorbild erforderlich. Das Unfallopfer beauftragt mit Unterstützung der Werkstätte einen Sachverständigen. Der haftet beiden Parteien für die Richtigkeit seines Gutachtens. Er kann auch von der zahlungspflichtigen Versicherung für Fehlgutachten zur Kasse gebeten werden. Damit können sich auch die Gerichte auf Privatgutachten verlassen, ohne stets selbst zusätzliche Gutachter beiziehen zu müssen.

Voraussetzung für einen derartigen Umschwung ist, dass alle Sachverständigen an einem Strang ziehen. Gemeinsam mit dem Gewerbe lässt sich da einiges bewegen. Eine Plattform dafür könnte die Kfz-SV-Union sein. Dort wird unter der Stabsführung von Peter Semmelrock am 25. April ein neuer Vorstand gewählt. Vielleicht gelingt es diesem, mit einem Blick über die Grenzen den verfahrenen Karren wieder in Schwung zu bringen. Die Unfallopfer und die mit ihnen leidenden Kfz-Betriebe werden es zu danken wissen.



Rechtsanwalt Dr. Fritz Knöbl: „Um all jene Sachverständigen, die auf Versicherungsaufträge angewiesen sind, ist es schlecht bestellt. Um wieder zu einem funktionierenden Sachverständigenwesen zu kommen, wäre eine Änderung nach deutschem Vorbild erforderlich.“